



Dringlichkeits-Vorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2014/12438**
Datum: 18.02.2014
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften Stadtrat	18.02.2014	öffentlich Vorberatung
	26.02.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: Bürgerhaushalt Vorschlag B-73 E-Gouvernement

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgervorschlag ist als erledigt zu betrachten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 1. ~~im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften im II. Quartal 2014 über Nutzung des Pilotprojektes des Bundesinnenministeriums „Modellkommune E-Government“ zu berichten,~~

in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

Egbert Geier
Bürgermeister

Begründung:

In der Sitzung des Stadtrates am 30.10.2013 wurde der Beschluss zur Erstellung eines Bürgerhaushaltes (V/2013/11963) gefasst.

Unter 1.f ist aufgeführt:

abschließende Abstimmung der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Stadtverwaltung durch den Stadtrat.

Gemäß dieser Festlegung werden die Vorschläge entsprechend vorgelegt.

Bürgervorschlag: B-73 E-Gouvernement

Eingereicht von Halle genial am 29. Oktober 2013 - 9:08.

Die Aktivitäten der Stadt beim Thema E-Gouvernement sind positiv und ausbaufähig. Bitte prüfen Sie eine Nutzung des Pilotprojekts „Modellkommune E-Gouvernement“ des Bundesinnenministeriums, um diese finanziellen Mittel zur Weiterentwicklung der Aktivitäten der Stadt Halle zu nutzen. Siehe auch folgender Link:

<http://goo.gl/ghDiTH>

Freundliche Grüße

Einsparvorschlag: s.o.

Bewertung auf der Plattform:

Ja:	8
Nein:	0
Neutral:	1
Anzahl der Kommentare:	0

Stellungnahme der Verwaltung:

Vielen Dank für Ihren Vorschlag! Wir haben die Ausschreibung bereits zur Kenntnis genommen und prüfen die Chancen und Risiken einer Teilnahme. Erste Kontakte dazu sind mit unserem technischen Dienstleister und der Verwaltungshochschule, die Interesse an einer wissenschaftlichen Begleitung signalisiert hat, bereits erfolgt. Die Ernennung zur E-

Gouvernement-Kommune könnte die Umsetzung des Masterplans E-Gouvernement, der auch auf halle.de veröffentlicht ist, fördern und damit auch Effizienzpotenziale heben. Aus diesem Grunde stehen wir gegenwärtig einer Teilnahme offen gegenüber.

Stadt Halle (Saale)
18.02.14
Geschäftsbereich I

Halle, den

Sitzung des Finanzausschuss am 18. Februar 2014 - TOP: 5.13
Sitzung des Stadtrates am 26. Februar 2014 – TOP 6.12
Betreff: Bürgerhaushalt - Vorschlag B-73 E-Government
Vorlagen-Nummer: V/2014/12438

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Bürgervorschlag als erledigt zu betrachten.

Begründung:

Die Stadt Halle (Saale) begrüßt die vielversprechenden Möglichkeiten, die das Bundesministerium des Inneren und die Kommunalen Spitzenverbände mit dem Pilotprojekt Modellkommune E-Government anbieten. Diese begleitende Umsetzung von E-Government-Projekten wird für den notwendigen Schub auch auf kommunaler Ebene sorgen.

Daher hat die Stadt Halle (Saale) fristgerecht ihre Bewerbung für die Ausschreibung zur Modellkommune E-Government eingereicht. **Am 12. Dezember kam jedoch die Absage für die Stadt Halle.** Aus den 44 Bewerbern sind die Städte Gütersloh und Düren sowie der Landkreis Cochem-Zell als Modellkommune 2014/215 hervorgegangen.

Sofern es eine Neuauflage der Ausschreibung zur E-Government-Modellkommune geben wird, wird sich die Stadt Halle wieder bewerben.
Derzeit liegen uns dazu noch keine Informationen vor.

